

150 Schüler pro Klasse – aber Neubau ist „unnützlich“

Provinzialregierung setzte Everswinkel unter Druck*

Everswinkel. 150 Kinder, unterrichtet in einer Klasse von einem Lehrer – bei solchen Verhältnissen sah die Gemeinde Everswinkel 1870 keinen Anlass, eine neue Schule zu bauen, um das Schüler-Lehrer-Verhältnis zu verbessern. Erst auf massiven Druck der Königlich Preußischen Provinzialregierung nahmen die Everswinkeler Gemeindeverordneten das Schulprojekt widerwillig in Angriff und verhalfen so nachfolgenden Generationen zum Rathaus an der Hovestraße. Die Geschichte vom ungeliebten Schulbau von einst bis zum Rathaus, das aus allen Nähten platzt, erforschte Erwin Buntenkötter.

Die Auseinandersetzungen um den Neubau einer Schule zwischen der Gemeinde Everswinkel und den vorgesetzten Behörden, dem Landrat und der Königlich Preußischen Provinzialregierung in Münster in den Jahren 1870 bis 1875 gewähren einen aufschlussreichen Einblick in die Schulverhältnisse des Ortes und damit modellhaft in das ländliche Schulwesen insgesamt.

Am 12. Dezember 1870 beauftragte die Provinzialregierung den Amtmann Schütte mit dem Schulvorstand und den Gemeindeverordneten (Gemeinderat), Verhandlungen über den Bau einer dritten Schule, einer so genannten „Vorschule“ für die unteren Jahrgänge, aufzunehmen. Praktisch war das eine Anordnung. Der in Abschrift vorliegenden Verfügung der Regierung ist eine Begründung für die Notwendigkeit des Baus einer dritten Schule nicht zu entnehmen, wurde anscheinend auch nicht gegeben. Und das hatte Folgen.

Der Schulvorstand (Pfarrer Heising, Amtmann Schütte, Colon Deiters, Schuster Drees, abwesend: Colon Lange) kam bei der Behandlung dieses Themas *„zu der Überzeugung, dass keine Gründe vorlägen, hier eine Vorschule zu errichten und musste die Bedürfnisfrage einstimmig verneint werden.“* Die Gemeindeverordneten lehnten das Vorhaben ebenfalls ab. Amtmann Schütte mochte annehmen, dass er mit einer bloß negativen Antwort nicht durchdringen werde, und da zur gleichen Zeit eine Schule in der Bauerschaft Müssingen gebaut werden sollte, unterbreitete er der Regierung eine Alternative. Die Schulkinder aus dem äußersten Norden Müssingens und mit dem weitesten Weg wollte er in Everswinkel unterbringen, die übrigen in Everswinkel. Dann, so schloss er, müsse man im Dorf eine neue Schule bauen – und, was er nicht sagte – könnte sich das Gebäude in der Bauerschaft sparen.

Den Vorschlag Schüttes nahm die Regierung nicht an. Das Antwortschreiben enthielt auch den Anflug einer Begründung. Der Minister der geistlichen pp Angelegenheiten (heute: der Kultusminister) hatte die Einrichtung von zwei weiteren Schulklassen für einen nicht genannten Ort mit 309 Schülern/innen und zwei bereits bestehenden Klassen angeordnet. Den Einwand, dass in Everswinkel in beiden Klassen genügend Raum für die Schüler/innen sei, ließ man nicht gelten. Die Regierung drohte an, gegen die Gemeinde *„resolutorisch“* – auf dem Verordnungswege – vorzugehen, falls sie sich weiterhin weigerte, die Baumaßnahme durchzuführen.

In einem ausführlichen Schriftstück vom 12. Mai 1871 begründete Schütte die ab-

* Bericht von Erwin Buntenkötter in den Westfälischen Nachrichten am 2. und 9. August 1986

lehnende Haltung der Gemeinde. Es zeigt deutlich, dass weder der Amtmann noch die Gemeinde begriffen, worum es der Regierung bei ihrer Forderung nach einer Vorschule ging: um das Herabsetzen des Lehrer-Schüler-Verhältnisses, um kleinere Klassen, um einen besseren Unterricht. Nach Amtmann Schütte war der Bau der bestehenden Jungenschule entsprechend der Verfügung der Königlichen Regierung vom 10. April 1838 für 148 Jungen vorschriftsmäßig ausgeführt worden. Das gleiche galt für die Mädchenschule mit Unterbringungsmöglichkeit von 148 Schülerinnen (Verfügung der Regierung vom 21. Januar 1855). In den Jahren 1838 und 1853 besuchten 138 Schüler und 138 Schülerinnen die Schulen; inzwischen war die Zahl der Schüler/innen auf 130 gesunken. Diese 130 Schüler und 130 Schülerinnen wurden übrigens von einem Lehrer bzw. einer Lehrerin in einem Klassenraum unterrichtet. Die Zahlenangaben Schüttes über die eingeschulten Kinder aber sind mit Vorsicht zu behandeln, denn nach dem Bericht des Schulinspektors Senne betrug im Jahre 1872 die Anzahl der Schüler 151, die Anzahl der Schülerinnen 131. Nach Schütte aber war ein Raumbedürfnis nicht vorhanden, denn in beiden Schulen konnten noch 18 Schüler oder Schülerinnen untergebracht werden.

Als nächsten Punkt für die ablehnende Haltung der Gemeinde führte Schütte die finanzielle Belastung durch den Unterhalt der Schulen auf. Bei einem Steuerkaufkommen von 4.400 Reichstalern (1871) zahlte die Gemeinde 100 Reichstaler an Pension für die Lehrerin Wittrup, 100 Reichstaler für die Aufbesserung der Gehälter der Lehrer und für den Hilfslehrer (Lehrer Mönnig war offensichtlich krank und wurde 1873 in den Ruhestand versetzt), 150 Taler für die (vorherzusehende) Pension des Lehrers Mönnig und 180 Taler für das Gehalt des dritten Lehrers der neuen Vorschule. – Diese Zahlen sind angegeben, um die Unterbesoldung der Lehrer darzulegen; zum Vergleich: ein beamteter Kassendiener der Regierung erhielt 1833 250 Reichstaler, und 1873 sollte nach einem nicht durchgeführten Vorschlag des Regierungspräsidenten das Lehrergehalt auf 250 bis 500 Reichstaler festgesetzt werden. Schütte errechnete schließlich eine Gesamtbelastung von 1.140 Reichstalern allein durch die Schulen.

Die Regierung ließ diese Rechnung wegen offensichtlicher Mängel nicht gelten, und später kam Schütte in einer anderen Aufstellung der Ausgaben für die Schulen auf 300 Reichstaler, die aber ebenfalls nicht in Ordnung war.

Gleichzeitig leistete die Gemeinde beim Ausbau der Bauerschaftswege einen finanziellen Beitrag; in Müssingen 50 Prozent der Kosten und in Erter, Schuter und Versmar einen nicht genannten Betrag, obwohl hier die Bauern die Sandfuhren selbst übernahmen. Den Chausseebau – befestigte Straßen – habe er nicht einmal berücksichtigt, schrieb Schütte.

Dass die Gemeinde durch die fast gleichzeitigen Schulneubauten in Müssingen (1.550 Reichstaler) und im Dorf (Kostenvoranschlag rund 2.700 Reichstaler) eine schwere finanzielle Bürde zu tragen hatte, setzt man die fehlerhaften Berechnungen Schüttes einmal beiseite, braucht nicht betont zu werden. Sie erklärt auch die abschließenden Worte Schüttes: *„Nicht nur die beiden Körperschaften (Gemeindevorstand und Schulvorstand, Anm. d. Verf.) auch die ganze Gemeinde sei unwillig, weil die beiden Schulen nach Vorschrift der Königlichen Regierung gebaut und mehr Raum hätten als Kinder da seien. Will man trotzdem „resolutorisch“ verfahren, so bleiben Wegebauten, Bau der Schule in Müssingen und andere Gemeindeangelegenheiten zurück.“* Schütte hatte die Stimmung in Everswinkel richtig wiedergegeben, wie sich aus dem Protokoll der Sitzung des Schulvorstandes vom 30. April 1871 ergibt: *„Schließlich erklärten die wechselnden Mitglieder des Schulvorstandes, dass sie lieber ihre Commission geben (ihr Mandat niederlegen) als zuzustimmen, dass die Ge-*

meinde unnütz in übermäßige Schulden und Abgaben gestürzt werde.“

Das Wort „unnütz“ ist zu unterstreichen, denn in dem gleichen Protokoll heißt es weiter: *„Hat die Königliche Regierung zu dem Neubau der Knaben- und Mädchenschule vor etwa 16 und 32 Jahren ihre Zustimmung gegeben, damals sind mehr Kinder dagewesen als jetzt. Warum nun damals das Bedürfnis einer dritten Schule nicht vorhanden und das jetzt vorhanden sein soll, darüber erlaubt sich der Schulvorstand, um nähere Auskunft zu bitten.“*

Deutlicher konnten die Mitglieder des Schulvorstandes nicht ausdrücken, dass man in Everswinkel nicht begriff, worum es ging. Es kam der Regierung nicht darauf an, zusätzlichen Klassenraum zu schaffen, weil der vorhandene nicht ausreichte. Die Qualität des Unterrichts sollte durch kleinere Klassen, durch Trennung von Ober- und Unterstufe und durch die Möglichkeit der Einstellung einer dritten Lehrkraft gehoben werden. Man kann der Regierung den Vorwurf nicht ersparen, dass sie bisher nichts getan hatte, der betroffenen Gemeinde das geplante Vorhaben zu verdeutlichen, dass ein besseres Lehrer-Schüler-Verhältnis einen besseren Unterricht bedeutete.

Am 11. Juni 1871 antwortete die Regierung, es gehe nicht um die Beschaffung von mehr Raum, sondern darum, einem Teil der Kinder einen gesonderten Unterricht bei einer gesonderten Lehrkraft zu verschaffen. *„Dass aber in dieser Beziehung ein Bedürfnis vorliegt, kann nicht verkannt werden, da bei 130 resp. 142 Kindern in jeder der vorhandenen Schulklassen die äußerst zulässige Grenze der Anzahl der von einer Lehrkraft zu Unterrichtenden schon weit überschritten ist.“* Die Begründung war nicht gerade zufriedenstellend und für eine widerstrebende Gemeinde nicht überzeugend. Die Randnotizen Schüttes zeigen das: *„Wo ist das Gesetz? Seit undenklichen Zeiten sind diese Kinderzahl und darunter stets eingeschult gewesen. Mädchenschule – wirklich nur 119 schulpflichtige Kinder nach Schulgeldhebeliste“* – die Eltern hatten pro Kind eineinhalb Reichstaler im Jahr an Schulgeld zu entrichten.

Die Regierung zog sich auf ihre Amtsgewalt zurück. Sie beorderte den Landrat Wrede nach Everswinkel, um dort das Gewicht seines Einflusses in die Wagschale zu werfen und die widerspenstige Gemeinde zu überzeugen. Schließlich hieß es: *„Eventuell wollen Sie (der Landrat) der Gemeinde bemerklich machen, dass wir im Falle ferneren ablehnenden Verhaltens, um die erforderlichen Grundlagen für ein zu erlassendes Resolut (Anordnung zum Bau der Schule) zu gewinnen, Bauplan und Kostenvoranschlag auf deren Kosen würden anfertigen lassen.“*

So unter Druck gesetzt, musste die Gemeinde nachgeben und sich in das Unvermeidliche fügen. Um die Ausgaben möglichst niedrig zu halten, versuchte sie in Zusammenarbeit mit der Regierung ein kostengünstiges Vorhaben zu verwirklichen: Den Ausbau der Wohnung der Lehrerin Ader, an der Schule gelegen, zu einem Klassenraum für 100 Schüler und Schülerinnen. Doch die Lehrerin fand keine für sie geeignete Wohnung. Schütte bat im November 1872 um Aufschiebung bis 1875, da man mit dem Bau der Schule in Müssingen zu sehr belastet sei. Er hoffte, in der Nähe der Schule bei der Kirche ein Haus kaufen und darin zwei Lehrerinnenwohnungen einrichten zu können, so dass die bestehende Lehrerinwohnung zum Schulraum umgebaut werden konnte. Bei diesem Haus handelte es sich um das Haus des Bäckers Diepenbrock, der verkaufen wollte. Es kam zum Abschluss eines Vertrages, da aber die Höhe der Zimmerdecke den Richtlinien der Regierung nicht entsprach und zu niedrig war und in dem Fachwerkbau auch nicht angehoben werden konnte, ließ sich dieser preisgünstige Plan (400 Taler waren veranschlagt)

nicht verwirklichen.

Es blieb der Gemeinde nichts anderes übrig, als eine ganz neue Schule zu bauen. Am 26. Juni 1873 erwarb sie ein Grundstück aus Kirchenbesitz an der Hovestraße; am 18. September genehmigten die Gemeindeverordneten (Grothues, Deipenbrock, Rotthege, Greiwe, Kortmann, Vornholt, Speckmann, Westhoff, abwesend: Kurk, Niemer, Zurmussen) den Vertrag. Dem Bauplan stimmte die Regierung unter der Bedingung zu, dass das Gebäude wenigstens vier Meter von der Straße entfernt lag und dass die Fenster so angebracht waren, dass das Licht vom Rücken der Kinder und von der linken Seite hereinkam. Der Klassenraum war 23 mal 25 Fuß gleich 575 Quadratfuß groß und sollte 90 bis 96 Kindern Platz bieten. Die öffentliche Ausschreibung des Gebäudes erfolgte am 15. Januar 1874. Die Kosten waren mit 2.762 Reichthalern veranschlagt. Der Maurermeister Everding erhielt den Auftrag.

Ostern 1875 öffnete die Schule mit dem Dienstantritt der Lehrerin Berman ihre Pforten für den Unterricht der drei unteren Jahrgänge mit 50 Jungen und 51 Mädchen. Dieses Gebäude diente später als Rathaus.

Dass die Klagen über die schwere finanzielle Beanspruchung der Gemeinde nicht unberechtigt waren, zeigen der Verkauf der Kreisobligationen der Gemeinde von 2.500 Reichthalern an die Kirchengemeinde für 2.375 Reichtaler (95 Prozent), eine Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde durch den Steuerempfänger Ruddenhausen vom November 1874 in dieser Akte und die späte Auszahlung der Restsumme von 2.538 Reichthalern für den Neubau am 3. November 1876.

Im Jahre 1890 musste die Schule durch einen Anbau erweitert werden, der später als Kindergarten benutzt wurde. Nach zwanzig Jahren, 1909, löste die Gemeinde das Schulraumproblem mit dem Bau der alten Volksschule an der Alverskirchener Straße.

Quellen und Literatur.

Da Zeitungsaufsätze keine Belege enthalten, fehlen sie auch hier.